

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	6/2021-2026
Datum	17.01.2022
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	17:27
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkman, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter**Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter**

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Prof. Dr. Danne, Harald

Schreiber, Heinz

CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Budde, Heiko

Deusing, Kevin

Herr, Christoph Alexander

Hundertmark, Michael

Irmer, Hans-Jürgen

Krämer-Bender, Rabea

Lenzer, Carmen

Müller, Armin
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Schumacher, Silke
Prof. Dr. Silbe, Katja
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel
Steinraths, Frank

SPD-Fraktion

Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Egler, Beatrix
Fay, Anja
Glade-Wolter, Cornelia
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan
Weppeler, Elke

B90/Die Grünen

Biermann, Andrea
Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Klement, Martina
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Strehlau, Petra
Zühlsdorf-Gerhard, Carmen

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Fuchs, Hans-Werner
Lefèvre, Christa
Ludwig, Jörg
Peller, Michael
Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Gottsmann, Thomas
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Knies, Hans-Horst
Ohnacker, Christiane
Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo
Harapat, Dominic
Wagner, Steffen

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt, Kerstin
Horne, Eberhard
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Von der Verwaltung

Späth-Lorenz, Larissa

es fehlt entschuldigt

Bender, Anna-Lena
Breustedt, Michelle
Engel, Jürgen
Esch, Gudrun
Hofmann, Kristin
Kunz, Cirsten
Panten, Sascha
Schönwetter, Tim
Esch, Roland

Betz, Karin
Nickel, Diethelm
Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 9

Grundschule Waldgirmes
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021
(A-14/2021)

TOP 10

Reinigung der heimischen Schulen
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021
(A-15/2021)

TOP 11

Raumangebote Vereine Lahnav
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021
(A-16/2021)

TOP 12

Medizinstipendien
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021
(A-17/2021)

TOP 13

"Gendergerechte Sprache" im amtlichen Gebrauch des Lahn-Dill-Kreises
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.06.2021
(A-31/2021)

TOP 14

Verzicht auf die sogenannte "gendergerechte Sprache" im amtlichen Gebrauch des Lahn-Dill-Kreises
Antrag der AfD-Fraktion vom 18.07.2021
(A-21/2021)

TOP 15

Klimanotstand
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2021
(A-18/2021)

TOP 16

Turnhalle TV Dillenburg
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.07.2021
(A-19/2021)

TOP 17

Pressefreiheit im Lahn-Dill-Kreis gewährleisten - Angriff auf Pressefreiheit von Rechtsaußen ächten
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.07.2021
(A-20/2021)

TOP 18

Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.07.2021
(A-33/2021)

TOP 19

Hochwasserschutz für die Bevölkerung
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 16.08.2021
(A-24/2021)

TOP 20

Vorrang des Sachleistungsprinzips bei zur Ausreise verpflichteten Ausländern
Antrag der AfD-Fraktion vom 19.08.2021
(A-23/2021)

TOP 21

Brandschutz Werner-Best-Haus
Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021
(A-26/2021)

TOP 22

Fair Trade Produkte
Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021
(A-28/2021)

TOP 23

Sachstandsbericht Wertstoffhöfe
Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021
(A-29/2021)

TOP 24

Informationsfreiheitsgesetz
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.08.2021
(A-34/2021)

TOP 25

Migration aus Afghanistan
Antrag der AfD-Fraktion vom 10.09.2021
(A-36/2021)

TOP 26

Einrichtung einer Kinder- und Jugendvertretung im Lahn-Dill-Kreis
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 04.10.2021
(A-37/2021)

TOP 27

Einrichtung eines Kreisarchivs
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2021
(A-38/2021)

TOP 28

Entschädigungssatzung
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2021

(A-39/2021)

TOP 29

Parteilpolitische Neutralität der Koordinierungs- und Fachstelle in der Partnerschaft für Demokratie Wetzlar / Lahn-Dill

Antrag der AfD-Fraktion vom 14.11.2021

(A-40/2021)

Sitzungsverlauf

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die Fortsetzungssitzung der 6. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Schuster, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Heinz Schreiber und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten.

Weiter begrüßt er den Vertreter der Medien, Herrn Jörgen Linker, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung sei mit Schreiben vom 15. November 2021 form- und fristgerecht eingeladen worden. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden. Ein Teil der Abgeordneten habe die Beratungsunterlagen auf eigenen Wunsch digital erhalten. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 2. Dezember 2021 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 24. November 2021 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft in Erinnerung, dass man die Tagesordnungspunkte 1 bis 8 bereits im ersten Teil der Sitzung am 6. Dezember behandelt habe. Der Ältestenrat habe am 23.08.2021 festgelegt, dass die Tagesordnungspunkte 13 und 14 zum Thema Gendern zusammen beraten werden.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) bezieht sich auf § 35 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistages, wonach der Kreistag für besondere Fälle eine von der Geschäftsordnung abweichende Behandlung beschließen könne. Er beantragt, in Abweichung des in der Geschäftsordnung vorgesehenen Verfahrens, dem Kreisausschuss vor Eintritt in die Tagesordnung die Gelegenheit zu eröffnen, über den aktuellen Stand der Pandemie zu berichten. Hintergrund sei, dass der Lahn-Dill-Kreis am Tag der Sitzung zum Hotspot werde, was wesentliche Veränderungen nach sich ziehe.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) entgegnet, dass eine Änderung der Tagesordnung einer qualifizierten Mehrheit von 2/3 der Abgeordneten des Kreistages bedürfe. Darüber hinaus könne der Kreisausschuss uneingeschränkt in Papierform berichten. In der Regel berichte die lokale Presse darüber.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen, abweichend von der Geschäftsordnung zu verfahren:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

39 Ja-Stimmen (16 SPD, 12 B90/Die Grünen, 4 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

28 Nein-Stimmen (20 CDU, 7 AfD, 1 fraktionslos)

5 Enthaltungen (3 FWG, 2 fraktionslos)

Vorsitzender Volkmann (CDU) sieht ein rechtliches Spannungsverhältnis, da für die Abweichung von der Geschäftsordnung eine einfache Mehrheit benötigt werde, während für die Erweiterung der Tagesordnung eine qualifizierte Mehrheit vorgesehen sei.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) schlägt vor, aus praktischen Erwägungen heraus die Mitteilungen des Kreisausschusses ans Ende der Tagesordnung zu legen. Dieser Vorschlag findet die Zustimmung des Kreisausschusses und Einvernehmen im Kreistag.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht. Sie gilt somit als genehmigt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) erinnert wegen der Verschärfung der Pandemielage an die bestehende Maskenpflicht, wenn man sich nicht am Platz befinde. Er bittet auch im Namen des Ältestenrates eindringlich, die Masken auch am Sitzplatz zu tragen. Er empfiehlt die Verwendung von FFP2 Masken.

Zu TOP 9

Grundschule Waldgirmes

Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021

A-14/2021

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) verweist darauf, dass jedes fünfte Kind von Bewegungsmangel betroffen sei. Dies führe zu mangelnder körperlicher Fitness, Haltungsschäden, geringerer geistiger Leistungsfähigkeit und Spätfolgen im Erwachsenenalter. Ursache sei, dass Spiel- und Bewegungsräume immer weiter eingeschränkt würden, während der Medienkonsum zunehme. Im Zuge der Haushaltsberatungen habe der Kreisausschuss sich geäußert, dass baulich lediglich eine 50-Meter Laufbahn umsetzbar sei. Dies sei zu untersuchen. Zu Punkt 2 des Antrages weist er auf eine Ausarbeitung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages hin (Dokumentation WD8-3000-092/21). In der Grundschule könne das Schwimmen am besten erlernt werden.

Abgeordneter Böcher (SPD) sieht Bewegung und Schwimmunterricht als wichtiges Element von Bildung an. Er teilt mit, dass im Biebertaler Bad aktuell keine freien Zeiten zur Verfügung stünden und beantragt, den Antrag in den Bildungsausschuss zu verweisen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Antrag auf Verweis in den Bildungsausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 7 Enthaltungen

Abgeordneter Irmer (CDU) erklärt sich mit dem Verweis einverstanden und erhofft inhaltliche Zusatzinformationen. Im Anschluss werde man entscheiden, ob ein erneuter Aufruf im Kreistag notwendig sei.

Zu TOP 10

Reinigung der heimischen Schulen

Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021

A-15/2021

Abgeordneter Hundertmark (CDU) verweist darauf, dass bereits ein Bericht im Schulausschuss angekündigt worden sei und bittet daher um Zustimmung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, dem zuständigen Fachausschuss einen Sachstandsbericht über die Reinigung der heimischen Schulen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Zu TOP 11

Raumangebote Vereine Lahnau

Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021

A-16/2021

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) erinnert, dass das Thema bei Antragstellung überfällig gewesen sei. Inzwischen sei die Halle geschlossen worden und der Antrag habe sich erledigt. Er bedankt sich bei Herrn Kessler, der zu einem Abbau von Differenzen zwischen den Lahnauer Vereinen beigetragen habe. Der Antrag sei erledigt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt sich dem Dank an.

Zu TOP 12

Medizinstipendien

Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021

A-17/2021

Abgeordneter L. Müller (CDU) verweist auf den bestehenden Fach- und Hausärztemangel in den ländlichen Bereichen des Kreises. Dies führe zu langen Wartezeiten für Facharzttermine und vollen Wartezimmern. Im Kreisgebiet fehlten 8 Hausärzte. 39,02 % der praktizierenden Hausärzte seien bereits über 60 Jahre alt. 46,8 % der Hausärzte suchten bis 2025 einen Praxismachfolger. Der Ärztemangel sei damit ein Problem mit gesellschaftlicher Sprengkraft. Die Sicherstellung der Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten sei zwar Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, man solle seitens des Landkreises jedoch nachhelfen und dabei anstreben, dass für jede Bürgerin und jeden Bürger eine Hausärztin oder ein Hausarzt sowie Fachärztinnen und Fachärzte in erreichbarer Nähe zur Verfügung stünden. Medizinstipendien sollten Baustein eines Gesamtkonzeptes und damit Teil einer Werbekampagne zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung sein. Wie die Vergabe von Medizinstipendien verläuft, erläutert er am Beispiel des Landkreises Limburg-Weilburg. Der Kreis zahle Medizinstudenten ab dem fünften Semester monatlich 750 €. Im Gegenzug verpflichteten sich diese, nach ihrem Studium die Ausbildung zum Hausarzt im Landkreis zu absolvieren und dort weitere fünf Jahre zu praktizieren. Die Wahrscheinlichkeit sei groß, dass sie anschließend dortblieben. Weitere Landkreise in Hessen, namentlich im Vogelsberg, Main-Kinzig, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Fulda, machten es ebenso oder ähnlich.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) spricht von einer typischen CDU-Strategie. Er fragt, warum Probleme nicht auf Bundes- und Landesebene beim Schopfe gepackt würden, indem man z. B. den Zugang zu Studienplätzen erleichtere. Stattdessen doktere man lokal an den Symptomen herum. Die Gemeinde Greifenstein habe bereits die Vergabe von Medizinstipendien beschlossen, sowie die Einrichtung eines runden Tisches mit Ärztinnen und Ärzten, Apothekerinnen und Apothekern und Betreiberinnen und Betreibern von Pflegeeinrichtungen. Damit Gleiches auf Kreisebene gemacht werde, stelle man einen Änderungsantrag (siehe Anlage). Er beantragt getrennte Abstimmung der ersten beiden Punkte sowie des dritten Punktes.

Abgeordneter Dr. Sattler (Bgo/Die Grünen) stimmt zu, dass die Versorgungssicherheit gefährdet sei. Fehlende Ärztinnen und Ärzte seien aber auch ein Problem in den Krankenhäusern im Lahn-Dill-Kreis. Medizinstipendien könnten ein Lösungsweg sein, würden aber nicht ausreichen, da es Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher geben werde und stärkere Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die das Personal abwerben könnten. Die Maßnahme greife aus seiner Sicht zu spät, da der Zeitraum bis zur Facharztzulassung bei 11 Jahren liege. Außerdem sei bei vielen Medizinstudentinnen und –studenten zu Beginn des Studiums die angestrebte Fachrichtung noch unklar, und die Ausbildung sei auf die Arbeit in den Krankenhäusern getrimmt. Die eigentlichen Hindernisse bei der Praxisgewinnung lägen außerdem nicht in der Studienfinanzierung, sondern in überbordenden Dokumentationspflichten, dem finanziellen Risiko einer Praxis sowie der schlechten Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er schlägt vor, dass die Lahn-Dill-Kliniken, getragen vom Kreis, verstärkt mit Hausärzten zusammenarbeiteten, da sie Ausbildungskrankenhäuser seien. Im Rahmen der Praktika könne man dort auch Berufseinsteiger für die ambulante Tätigkeit werben. Außerdem könne die Förderung von medizinischen Versorgungszentren und die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Landarztnetz es attraktiver machen, als Arzt im Kreis zu arbeiten und zu bleiben. Die Möglichkeiten sollten zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern vom Landarztnetz und den Lahn-Dill-Kliniken im Sozialausschuss vorgestellt werden. Man schlage dazu vor, den Antrag der CDU-Fraktion zu erweitern (siehe anliegender Änderungsantrag).

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) betont, dass die Zuständigkeit für die stationäre Versorgung bei den Landkreisen liege, während die ambulante Versorgung bei der Kassenärztlichen Vereinigung angesiedelt sei. Als Landkreis habe man aber ein großes Interesse, auch die ambulante Versorgung mit Hausärztinnen und Hausärzten sowie Fachärztinnen und Fachärzten zu unterstützen. Daher habe man mit den Lahn-Dill-Kliniken als Partner die Landarztnetz GmbH ins Leben gerufen. Die Aufnahme sei an bestimmte Kriterien gebunden. In Abstimmung mit der niedergelassenen Ärzteschaft habe man dafür gesorgt, dass vier Praxen auf freiwilliger Basis in die gemeinnützige Landarztnetz-GmbH aufgenommen worden seien, womit man hervorragende Erfahrungen gemacht habe. Stipendien könnten zu einer Entlastung führen. Er befürchte jedoch rechtliche Unsicherheiten hinsichtlich der Regelungen zur Bindung an eine Region. Stipendien würden dennoch bereits jährlich seitens der Lahn-Dill-Kliniken ausgelobt. Er schlägt vor, im Sozialausschuss mit allen Beteiligten die Lage zu erörtern und benennt das Landarztnetz, das Krankenhaus, Herrn Dr. Franz als Vorsitzenden der niedergelassenen Ärzte vor Ort. Die Familienfreundlichkeit sei zu besprechen, ebenso wie Hindernisse, sich als Arzt selbstständig zu machen. Über die Landarztnetz-GmbH habe man jedoch bereits seit vielen Jahren Aktivitäten erfolgreich durchgeführt.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) ist bereit, den Änderungsantrag zu übernehmen, da es der richtige Weg sei. Das Landarztnetz habe im Endeffekt versagt. Vier Praxen deckten bei Weitem nicht, was auf der anderen Seite an Praxen verschwinde. Man habe seit Jahren Zugangsprobleme in der Medizin. Das Problem liege aber darin, dass Ärztinnen und Ärzte die niedergelassenen Facharzt- oder Hausarztpraxen aufgeben würden. Es gehe dabei nicht nur um das Stipendium, sondern auch um Folgefragen. Man müsse den Ärzten das Leben leichter machen. Bürokratische Hürden müssten abgebaut werden. Das Krankenhaus könne beispielsweise die ärztlichen Abrechnungen mit Hilfe seines Rechenzentrums übernehmen. Im Zusammenschluss mit anderen Städten und Gemeinden könne man jeder Ärztin und jedem Arzt einen zeitlich unbegrenzten Kita-Platz für Kinder anbieten. Die kommunalen Spitzenverbände könnten Druck auf die Kassenärztliche Vereinigung ausüben, damit diese die Bezirke verändere und so die Zahl der erforderlichen Ärzte anpasse. Gemeinsam mit anderen Städten und Gemeinden könnten z. B. in Form eines Eigenbetriebes auch an anderen Orten Ärztinnen und Ärzte über Gesundheitszentren, wie dem in Breitscheid, angesiedelt werden.

Abgeordnete Benner-Berns (FDP) widerspricht und möchte das Landarztnetz nicht schlechtreden lassen. Sie sehe kein Versagen. Es biete Ärztinnen und Ärzten Möglichkeiten, in Teilzeitarbeit tätig

zu sein. Man könne dort außerdem eine Kombination aus Klinik- und Landärztin oder -arzt betreiben oder sich für eine Anstellung als Landärztin oder Landarzt auf Probe entscheiden. Hinsichtlich der Medizinstipendien fände sie es wichtig, nach den Erfahrungen in anderen Landkreisen zu fragen. Im Schwalm-Eder-Kreis gebe es beispielsweise derzeit fünf Stipendienplätze, von denen nur drei besetzt seien. Wichtig sei aus ihrer Sicht auch, die Einschätzung des Landarztnetzes sowie der Kassenärztlichen Vereinigung zur Vergabe von Medizinstipendien, Förderprogrammen und Auswirkungen der Landarztquote. Zu klären sei außerdem, ob die Stipendiaten rechtlich verbindlich zur fachärztlichen Weiterbildung und anschließenden Niederlassung im Lahn-Dill-Kreis verpflichtet werden könnten.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) kritisiert, dass man vom Erhalt des Gesundheitssystems rede, während man zum 15. März mit der Impfpflicht hunderte Menschen des Gesundheitssystems von dannen ziehen lasse.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

Punkt 1 und 2:

3 Ja-Stimmen (DIE LINKE)

66 Nein-Stimmen (20 CDU, 16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 AfD, 7 FWG, 4 FDP, 1 fraktionslos)

3 Enthaltungen (2 fraktionslos, 1 B90/Die Grünen)

Punkt 3:

4 Ja-Stimmen (DIE LINKE, 1 fraktionslos)

67 Nein-Stimmen (20 CDU, 16 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 AfD, 7 FWG, 4 FDP, 1 fraktionslos)

1 Enthaltungen (1 fraktionslos)

Anschließend lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion, geändert durch den Änderungsantrag der Koalition, abstimmen:

Beschluss:

Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021, geändert durch den Änderungsantrag der Koalition vom 17.01.2022

Der Kreisausschuss wird beauftragt, zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um ärztliches Personal für den Lahn-Dill-Kreis zu gewinnen und zu halten, und diese Maßnahmen im Sozialausschuss vorzustellen. Dies kann die Vergabe von Medizinstipendien an Studierende der Humanmedizin beinhalten, bei denen Studierende nach Abschluss des Studiums zu einer Tätigkeit im Lahn-Dill-Kreis verpflichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

71 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimmen (fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 13

"Gendergerechte Sprache" im amtlichen Gebrauch des Lahn-Dill-Kreises

Antrag der CDU-Fraktion vom 28.06.2021

A-31/2021

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft die Tagesordnungspunkte 13 und 14 zur gemeinsamen Beratung auf.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) macht deutlich, dass der Antrag sich gegen die Satzzeichen im Wortinneren richte, also gegen Sternchen, Doppelpunkte und andere verkürzende Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen. Diese Form des Genderns werde auch von der Gesellschaft für Deutsche Sprache und dem Rat für deutsche Rechtschreibung abgelehnt, denn die Verständlichkeit, Vorlesbarkeit, Eindeutigkeit und Rechtssicherheit von Begriffen leide. Sie wünsche sich, die Verwendung des generischen Maskulinums, damit das Gendern überflüssig werde. Die Gendersprache mit den beschriebenen Formen sei ausgrenzend. Zahlreiche sehbehinderte Menschen seien auf Vorlesegeräte angewiesen, bei denen die Übersetzbarkeit durch Genderformen beeinträchtigt sei. Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband spreche sich daher gegen das Gendern in dieser Form aus. Ebenso wirke sich die Anwendung der Gendersprache negativ auf Menschen aus, die funktionale Analphabeten seien. Gleiches gelte für Ausländerinnen und Ausländer. Sie ist der Ansicht, dass niemand vom Staat zum Gendern gezwungen werden solle und dass man keine staatliche Sprachpolizei benötige.

Abgeordneter Mulch (AfD) führt aus, dass durch das Gendern selbst einfache Sätze in schwer verständliches Kauderwelsch verwandelt würden. Er nennt als Beispiel die Geschäftsordnung des Kreistages und die Jagdsteuersatzung (§ 2 Abs. 4). Eine klangvolle Sprache werde auf diese Weise ohne rechtliche Grundlage und gegen den Willen eines Großteils der Bevölkerung verändert. Gendern mache unfrei und sei autoritäres und totalitäres Gedankengut. Dies wirke sich nicht nur in den Schulen, sondern auch in den Arbeitsstätten und Universitäten aus, wo der Verzicht auf das Gendern zu Nachteilen führe. Besonders aus dem „grünen Lager“ werde der moralische Zeigefinger erhoben. Dabei hätten diese sich selbst entschlossen, einer Partei beizutreten, in der einmal auf Antrag von pädophilem Abschaum ...

Vorsitzender Volkmann (CDU) fordert den Abgeordneten Mulch (AfD) auf, sich in der Wortwahl zu mäßigen. Er ruft ihn für den Begriff „pädophiler Abschaum“ zur Ordnung, da dieser Begriff unparlamentarisch sei.

Abgeordneter Mulch (AfD) wiederholt diesen Begriff, da er keine andere Bezeichnung dafür kenne.

Vorsitzender Volkmann (CDU) greift erneut ein. Wenn er jemanden wegen der Verwendung eines unparlamentarischen Begriffes zur Ordnung rufe, bedeute dies, dass dieser Begriff nicht erneut zu verwenden sei. Daher rufe er den Abgeordneten Mulch (AfD) ein zweites Mal zur Ordnung und weist ihn darauf hin, dass ein dritter Ordnungsruf zum Entzug des Wortes führen werde.

Abgeordneter Mulch (AfD) fordert, die deutsche Sprache nicht weiter zu verhunzen.

Abgeordneter Harapat (fraktionslos) habe eigentlich für einen Lacher sorgen wollen. Dies sei, bezugnehmend auf die vorherige Rede, nach dem erlenkönig'-schen Fiebertraum nur schwer möglich. Es sei beschrieben worden, dass die Verwendung des generischen Maskulinums zur Vereinfachung verwendet werden solle, weil es alle umfasse. Die meisten fühlten sich davon jedoch nicht mitgenommen, während Männer sich spezifisch und nicht generisch angesprochen fühlten. Er wolle daher einen Kompromiss anbieten, wonach das generische Femininum verwendet werde, welches das generische Maskulinum vollumfänglich ersetzen solle. Dies gebiete der gerechte Umgang miteinander und Männer dürften sich dann auch mal mitgemeint fühlen.

Abgeordnete Dr. Rinn (Bgo/Die Grünen) gesteht ein, dass das Gendern lästig sei und zu grotesken Auswüchsen führe. Die Zeiten änderten sich und man habe das Bedürfnis, an Bekanntem festzuhalten. Dies sei verständlich, aber nicht gut, denn Sprache schaffe Realität. Umgekehrt müsse die Sprache nachkommen, wenn sich die Realität verändere. Wichtigkeit und Kompetenz würden

noch viel zu oft mit männlichen Attributen versehen. Die Verwendung der weiblichen Form werde sich aber nur schwer durchsetzen lassen, da viele Frauen ihren Männern nicht zumuten wollten, was Frauen routinemäßig zugemutet werde. Die Endung „n“ oder „x“ würden die meisten überfordern. Sie gehe daher davon aus, dass es noch eine Zeit lang dauern werde, bis es gewohnheitsfähige Sprach- und Schreibweisen geben werde, in der die bisherige Ungerechtigkeit nicht mehr vorkomme. Bis es so weit sei, müsse man sich mit den vorhandenen Hilfskonstrukten zufriedengeben, die gangbar seien und zumindest klarmachen, dass mindestens die Hälfte aller wichtigen und kompetenten Personen Frauen seien und nicht-binäre Menschen selbstverständlicher Teil jeder Gruppe seien. Auf dieser Grundlage könne man zu neuen Ideen für elegante und gerechte Formulierungen kommen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) verliest die lange Rednerliste und bittet zu überdenken, ob jede Wortmeldung in dieser Form notwendig sei.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) stellt fest, dass es in dieser Zeit Transformationen in allen Bereichen der Gesellschaft gebe. Sie nennt als Ursache die Pandemie, Inflation, Klimawandel, flüchtende Menschen, Digitalisierung, Rohstoffkrise, Pflegenotstand und soziale Ungerechtigkeit. In diesen Zeiten wolle die CDU-Fraktion, dass der Kreistag über ungeliebte Sternchen und Doppelpunkte diskutiere. Sie nennt dies „die Befriedigung des Geltungsbedürfnisses von älteren weißen Männern“. In der Verwendung von Doppelpunkten und Sternchen sieht sie eine Übergangslösung.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) weist darauf hin, dass die mehrfache Verwendung des Begriffes „alt“ im Zusammenhang mit Abgeordneten dieses Hauses diskriminierend und unangemessen sei und damit gerügt werden müsse. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** nimmt diesen Hinweis auf.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) fährt fort, dass Frauen in der Sprache unsichtbar seien, obwohl sie als aktiver Teil der Gesellschaft Verantwortung tragen würden. Die ausschließliche Verwendung von männlichen Formen ignoriere die Realität und schaffe ein Ungleichgewicht. Der Staat müsse daher als positives Beispiel vorangehen und die gendergerechte Sprache anwenden.

Abgeordnete Biermann (Bgo/Die Grünen) verweist auf eine Studie der Freien Universität Berlin, wonach die Sprache die kindliche Wahrnehmung von Berufen präge. Kinder, denen die geschlechterneutrale Berufsbezeichnung präsentiert worden war, trauten sich eher zu, einen typisch männlichen Beruf zu ergreifen. Angesichts von geringen Frauenanteilen in typisch männlichen Studiengängen müsse dies wachrütteln.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) macht darauf aufmerksam, dass es in den Anträgen um die Verwendung von Gendersternen und anderen Zeichen in der amtlichen Sprache gehe. Der Gleichstellungsauftrag sei schon seit 1949 in der Verfassung verankert sei. Dieser Grundsatz sei in Hessen mit dem Gleichberechtigungsgesetz konkretisiert worden. Dort sei ausdrücklich festgelegt, dass Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Gleichstellung von Frauen und Männern sprachlich zum Ausdruck bringen sollen. Dies gelte auch für den dienstlichen Schriftverkehr der Behörden. Der Kreis habe daher keine eigenen Bestimmungsmöglichkeiten und sei gesetzlich gebunden. Es könne dementsprechend nicht so sein, dass die männliche Form verwendet werde und Frauen sich mitgemeint fühlten, wie bei der Antragsbegründung vorgeschlagen worden sei. Er halte dies überdies nicht für einen respektvollen Umgang und bittet, den Kreistag nicht mit in Kaisers Zeiten zurückreichenden Überlegungen zu behelligen.

Landrat Schuster (SPD) sieht Einigkeit, dass Sprache diskriminierungsfrei, geschlechtergerecht und dabei einfach und verständlich sein müsse. Für den Lahn-Dill-Kreis habe er daher vor zwei Jahren einen Leitfaden zur Formulierung verständlicher Texte veranlasst, die grundsätzlich fortgeschrieben werden könne. Er sei aber der Ansicht, dass es nicht Sache der 300 Kreistage in Deutschland sei, zu

entscheiden, ob Sternchen oder Striche zu verwenden seien. Dies brauche eine einheitliche Regelung, die von den vorhandenen Gesellschaften vorgegeben würden. Im Lahn-Dill-Kreis werde man eine diskriminierungsfreie Sprache umsetzen, aber auch so, dass es jemand versteht, der nicht im Kreistag ist.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) hat das Gefühl, in Deutschland tobe ein Kulturkampf um die Sprache. Er sei nicht davon überzeugt, dass man mit Sprache die Welt verändern könne. Es gebe Länder, deren Sprache ohne grammatikalisches Geschlecht auskomme, und bei denen es aus anderen Gründen weit schlechter um die Gleichberechtigung bestellt sei. Er ist der Ansicht, dass die Verwendung von Gendersprache im Sinne von Sternen, Auslassungszeichen o.a., die Sprache verkompliziere und Barrieren schaffe. Verwaltungssprache solle vielmehr verständlich und einfach sein. Er stehe jedoch hinter der Verwendung der männlichen und weiblichen Form, bei der sich beide Geschlechter gemeint fühlen könnten. Die Kreisverwaltung richte sich nach dem, was für die Amtssprache vorgeschrieben sei, und beschreite da keine eigenen Wege. Die Anträge liefen daher ins Leere. An die AfD-Fraktion gerichtet bittet er um mehr Toleranz. Wer gendern wolle, solle es tun, und wer nicht, solle es lassen.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) macht deutlich, dass seine Fraktion mit einer geschlechtergerechten, verständlichen und diskriminierungsfreien Sprache kein Problem habe und bei der Geschlechtergerechtigkeit habe Sprache tatsächlich viel nachzuholen. Dies müsse auch in der Verwaltung gelebt werden. Es gehe seiner Fraktion jedoch um das Gendern und die Verwendung von Gendersternchen und –kommata. Dies mache Sprache und gerade Behördensprache unverständlicher und erzeuge dadurch eine neue Diskriminierung.

Abgeordneter Wagner (AfD) fragt, ob es sich um eine Veränderung der Gesellschaft handele, oder ob nicht die Veränderung von oben herbeigeführt werde. **Abgeordneter J.-M. Müller (CDU)** stimmt dieser Mutmaßung ausdrücklich nicht zu. Niemand habe angeordnet, dass Gendersprache verwendet werde, oder als Kriterium herangezogen würde.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) fährt fort, dass Frauen berechtigterweise ein sprachliches Problem sehen würden. Es gehe ihnen jedoch darum, dass Verwaltung auch verständlich bleibe.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) fragt, ob die Aussage, dass das generische Maskulinum geschlechtsneutral sei, heute noch zutreffend sei. **Abgeordneter J.-M. Müller (CDU)** bejaht dies. Eine geschlechterspezifische Sprachregelung gefalle ihm jedoch besser. Es gehe jedoch in dem Antrag um die verständliche Behördensprache und auch Goethes Faust sei unter gendergerechten Sprachbedingungen nicht vorstellbar.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) bestätigt, dass Sprache Realität schaffe. Über diesen Umweg wollten die Genderideologen einen Marsch in ein totalitäres Regime versuchen. Dies könne schnell in einer Sprach-Inquisition enden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** zunächst über den Alternativantrag des fraktionslosen Abgeordneten Harapat abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

4 Ja-Stimmen (2 fraktionslos, 1 SPD, 1 B90/Die Grünen)

63 Nein-Stimmen (20 CDU, 15 SPD, 9 B90/Die Grünen, 7 AfD, 7 FWG, 4 FDP, 1 fraktionslos)

5 Enthaltungen (3 DIE LINKE, 2 B90/Die Grünen)

Anschließend lässt er über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Die Kreisverwaltung des Lahn-Dill-Kreises wird aufgefordert, die Amtssprache „Deutsch“ vollumfänglich anzuwenden und im amtlichen Gebrauch auf die sogenannte „gendergerechte Sprache“ im Sinne der Barrierefreiheit und der grammatikalischen Korrektheit zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

28 Ja-Stimmen (20 CDU, 7 AfD, 1 fraktionslos)

40 Nein-Stimmen (15 SPD, 12 B90/Die Grünen, 4 FWG, 4 FDP, 2 fraktionslos, 3 DIE LINKE)

4 Enthaltungen (3 FWG, 1 SPD)

Zu TOP 14

Verzicht auf die sogenannte "gendergerechte Sprache" im amtlichen Gebrauch des Lahn-Dill-Kreises

Antrag der AfD-Fraktion vom 18.07.2021

A-21/2021

Zur Diskussion siehe TOP 13!

Beschluss:

Im amtlichen Gebrauch des Lahn-Dill-Kreises sind ausschließlich die grammatikalisch korrekten Sprachformen, welche vor der Einführung der sogenannten „gendergerechten Sprache“ üblich waren, zu verwenden.

Die Verwendung von Asterisk („Gender-Stern“), Unterstrich („Gender-Gap“), Doppelpunkt oder andere verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen ist zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

8 Ja-Stimmen (7 AfD, 1 fraktionslos)

43 Nein-Stimmen (16 SPD, 12 B90/Die Grünen, 6 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

21 Enthaltungen (CDU, 1 FWG)

Zu TOP 15

Klimanotstand

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2021

A-18/2021

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) führt aus, dass die Erde brenne, die Polkappen schmelzen und Wälder sterben würden, der Meeresspiegel steige und Staaten im Pazifik dem Untergang geweiht seien. Viele Millionen Klimaflüchtlinge seien zu erwarten. Dabei sei sich die Wissenschaft über den menschlichen Einfluss auf das Klima einig. Er fordere daher, dass man nicht an dem Ast säge, auf dem man sitze, sondern alles tue, um das lokale und das globale Ökosystem zu retten. Der Kreis solle etwa eine klare Erwartungshaltung zur Ausrufung eines Klimanotstandes an die Städte und Gemeinden formulieren. Der Kreistag schließlich müsse Beschlüsse und Vorhaben hinsichtlich ihrer ökologischer Verträglichkeit prüfen und optimieren.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung.

Abgeordnete Niggemann (AfD) trägt vor, dass ein Notstand im öffentlichen Recht eine massive Störung des staatlichen Lebens durch Krieg, Aufruhr oder Naturkatastrophen bedeute, die mit den in der Verfassung vorgesehenen Mitteln nicht behoben werden könne. Sie verbinde damit absoluten

Ausnahmestand und Chaos. Den sehe sie beim Klimawandel nicht. Im vergangenen Jahr sei es sogar kühler gewesen, als in 2020 und im Schnitt der letzten Jahre. Den menschengemachten Klimawandel bestreite sie nicht. Er sei jedoch ein globales Problem, das weder im Lahn-Dill-Kreis noch in Deutschland gelöst werden könne. Deutschland habe seit 1990 die CO₂-Emissionen um 30 % reduziert. Das Emissionsniveau sei in dieser Zeit in den USA gleichgeblieben und in China oder Indien sogar um 300 % erhöht worden.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) hält Maßnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes für eine wichtige Aufgabe von Politik. Politik beginne aber mit dem Wahrnehmen von Realitäten. Die Vorrednerin habe zudem das Prinzip von statistischen Schwankungen nicht verstanden. Insgesamt verzeichne man nämlich in den letzten Jahren eine deutliche Erwärmung. Klimaschutz sei zwar eine globale Aufgabe. Er müsse aber auf allen Ebenen angegangen werden und der Lahn-Dill-Kreis komme dem bereits nach. Bei der Feststellung von Notstand gingen bei ihm die Alarmglocken an, denn Notstand bedeute keine Verhältnismäßigkeit und ermögliche in der Folge einen starken Eingriff in Grundrechte.

Kreistagsvorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung.

Abgeordneter Knies (DIE LINKE) fragt, ob der Abgeordnete Dr. Büger (FDP) diese Rede auch halten würden, wenn er im Ahrtal wohnen würde.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) bestätigt dies als selbstverständlich. Auch den Menschen im Ahrtal helfe schlussendlich neben Solidarität und Geld der Rechtsstaat mit Abwägung und Verhältnismäßigkeit. Der Rechtsstaat sei Teil der Lösung, genauso wie Fortentwicklung und moderne Technologien. Im Gegensatz zur AfD-Fraktion erkenne die Fraktion DIE LINKE das Problem, aber die Maßnahmen seien falsch.

Abgeordneter Hartmann (B90/Die Grünen) hält die Klimakrise und deren Folgen für die größte Bedrohung dieser Zeit. Die Zunahme von Naturkatastrophen und Wetterextremen, der Anstieg des Meeresspiegels, die Veränderung der weltweiten Biotope seien für die nächsten Jahrtausende voraussichtlich nicht mehr rückgängig zu machen. Die letzten 4 Jahrzehnte seien insgesamt wärmer gewesen, als die vorherigen und die atmosphärische CO₂-Konzentration sei in 2019 höher gewesen, als in den letzten 2 Millionen Jahren. Es sei daher anzunehmen, dass Extremwetterereignisse, wie das im Ahrtal, zunehmen würden. Angesichts dessen halte er es für bedauerlich, dass das 1,5-Grad-Ziel von Paris und auch ein 2-Grad-Ziel nicht erreicht werde. Die Klimakrise sorge bei Kindern und Jugendlichen für Ängste und Verzweiflung und ein großer Teil frage sich sogar, ob es angesichts dessen sinnvoll sei, Kinder zu bekommen. Das sei besorgniserregend und müsse der Politik zu denken geben.

Abgeordneter Wagner (AfD) fragt, ob diese Reaktion so sei, weil ein Geschäft mit der Angstmacherei betrieben werde. **Abgeordneter Hartmann (B90/Die Grünen)** verneint dies. Er bezweifle, dass es Absicht der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sei, Messdaten zu sammeln um der Bevölkerung Angst zu machen. Es sei umso wichtiger, auf jeder politischen Ebene Anstrengungen zum Klimaschutz und zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels zu unternehmen.

Abgeordnete Hermann (AfD) fragt, ob dem Abgeordneten Hartmann (B90/Die Grünen) bewusst sei, dass Deutschland lediglich 1 % der Weltbevölkerung ausmache und wie sich Maßnahmen dann auf das globale Klima auswirken könnten. **Abgeordneter Hartmann (B90/Die Grünen)** sagt dazu, dass alles, was man zur Einsparung von Emissionen tue, wichtig sei. Er stelle daher für seine Fraktion einen Änderungsantrag (siehe Anlage).

Abgeordneter Grüger (SPD) sieht im Klimaschutz eine praktische Aufgabe, insbesondere für Landkreise, wie dem Lahn-Dill-Kreis. Die vorgetragenen Daten, Fakten und Hintergründe würden

nur von einer Fraktion bestritten. Der Lahn-Dill-Kreis arbeite schon seit langem auf Basis eines integrierten Klimaschutzkonzeptes, das man 2015 beschlossen habe. Man beschäftige auch einen Energie- und Klimaschutzmanager, der über Aktivitäten des Kreises in diesem Bereich berichten könne. Beispielsweise habe man schon vor Jahren dafür gesorgt, man bei der Energieversorgung von Schulgebäuden klimaneutraler werde. Die Beschlussfassung eines Klimanotstandes sei jedoch nur reine Symbolpolitik.

Abgeordneten J.-M. Müller (CDU) sieht es als Fakt an, dass die menschengemachte Industrialisierung ein wesentlicher Beitrag zur Veränderung der Bedingungen auf der Erde sei. Um etwas zu verändern brauche es aber die Weltgemeinschaft und die großen Emittenten dieser Erde. Man müsse weltweit zu einer Veränderung der Art und Weise der Organisation von Leben und Produktion kommen.

Abgeordneter Hartmann (Bgo/Die Grünen) fragt, ob der Redner die von ihm zitierten Berichte anzweifle. Der **Abgeordneten J.-M. Müller (CDU)** ist der Ansicht, dass es sich da um Standortbetrachtungen handele. Es gehe ihm aber nicht darum, diese in Frage zu stellen.

Abgeordneten J.-M. Müller (CDU) fährt fort, dass es darum gehe, das Leben zu verändern und Natur vorsichtig zu behandeln, da sie Lebensgrundlage sei. Nichts zu tun, weil man keinen Einfluss sehe, halte er für falsch. In Deutschland habe man durch innovative Technik und Änderung von Produktionsweisen schon seit der Industrialisierung dazu beigetragen, dass sich in der Welt etwas verändere. Der CO₂-Ausstoß eines Landes sei zudem nur in geringem Maße von der Einwohnerzahl abhängig. Man solle daher versuchen, die Innovationskraft zu steigern und Dinge zu entwickeln. Wenn Batterie-Elektrik als Lösung angesehen werde, werde man in Peru dies allerdings anders sehen.

Abgeordnete Hermann (AfD) fragt, ob der Abgeordnete J.-M. Müller (CDU) es als Lösung ansehe, wenn in der Folge Industrie, wie z. B. Walzwerke aus Deutschland nach China abwandere.

Abgeordneten J.-M. Müller (CDU) sagt dazu, dass Walzstähle in Europa nicht wegen des Klimawandels, sondern wegen der Globalisierung der Stahlerzeugung nicht mehr verkauft würden. Den Nachteil sehe man momentan bei der Stahllieferung. Die Einrichtung einer europäischen Stahlindustrie, die unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoller produziere, müsse daher bedacht werden.

Abgeordneten J.-M. Müller (CDU) gibt zu bedenken, dass der Landrat zwingend widersprechen müsse, wenn der Kreistag beschließe, dass der Lahn-Dill-Kreis ab sofort nur noch klimaneutral beschaffen dürfe. Dies sei nicht umsetzbar oder nur im Rahmen eines komplexen Prozesses. Daher bitte er, den Antrag nicht zu stellen. Der Antrag sei zudem sehr umfangreich und man habe noch keine Zeit gehabt, darüber nachzudenken.

Abgeordneter Knies (DIE LINKE) teilt mit, dass man ggfs. bereit sei, den Änderungsantrag zu übernehmen.

Auf den Antrag des **Abgeordneten Dworschak (Bgo/Die Grünen)** gewährt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Abgeordneter Dworschak (Bgo/Die Grünen) erläutert den Begriff Klimanotstand, der mit einem Notstand im eigentlichen Sinne nichts zu tun habe. Es sei von verschiedenen Parlamenten (u. a. Europaparlament) geprägt und bedeute, dass dringender politischer und praktischer Handlungsbedarf bestehe und Klimaschutzmaßnahmen getroffen werden müssten. Entscheidungen mit klimafreundlichen Lösungen hätten dann einfach Vorrang. Er beantragt, den Änderungsantrag in den Umweltausschuss zu verweisen, um ihn dort zu diskutieren.

Vorsitzender Volkmann (CDU) gibt zu bedenken, dass bei einem vorliegenden Geschäftsordnungsantrag über diesen unverzüglich abzustimmen sei. Er fragt den Kreistag, ob es darüber Einvernehmen gebe, dass der Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Schreiber (Bgo/Die Grünen) seinen Redebeitrag dennoch halten könne. Dies wird verneint.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) erhebt eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag. Er stellt fest, dass Änderungsanträge nicht in einen Ausschuss verwiesen werden könnten. Nur der Hauptantrag könne in einen Ausschuss verwiesen werden. Außerdem merkt er an, dass der Änderungsantrag etwas vollkommen anderes beinhalte, als der Hauptantrag. Da der Änderungsantrag somit keine Änderung des Hauptantrages darstelle, sei er aus seiner Sicht nicht zuzulassen. Für den Fall, dass er den Antrag zulassen wolle, beantrage er eine Entscheidung des Ältestenrates über die Zulassung einzuholen. Zusammenfassend beantrage er somit, sowohl den Verweisungsantrag zurückzuweisen, als auch die Abstimmung über den Änderungsantrag auszusetzen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) gibt dem Abgeordneten J.-M. Müller (CDU) recht, dass es sich bei dem Antrag der Fraktion Bgo/Die Grünen nicht um einen Änderungsantrag handele. Es sei aus seiner Sicht ein Alternativantrag. Er habe in der Geschäftsordnung keine Regelung gefunden, die dagegenspreche, dass die Fraktion DIE LINKE, den Antrag der Fraktion Bgo/Die Grünen übernehme und ihren eigenen Antrag damit zurückziehe. Er lasse dies darum zu. **Abgeordneten J.-M. Müller (CDU)** entgegnet, dass ein Alternativantrag einen Gegensatz voraussetze.

Abgeordneter Irmer (CDU) macht darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag erst am Tag der Sitzung vorgelegt worden sei, obwohl er auf den 13. September 2021 datiert sei. Wenn es in der Sache wichtig gewesen wäre, hätte man den Antrag früher zur Kenntnis gegeben. Er schlägt vor, einen normalen Antrag zu stellen, der den üblichen Weg gehe, um zu einer geordneten parlamentarischen Beratung zu kommen.

Abgeordneter Mulch (AfD) bezieht sich auf § 35 der GO des Kreistages, wonach der Kreistagsvorsitzende über die Auslegung der Geschäftsordnung entscheide. In Zweifelsfragen grundsätzlicher Bedeutung solle aber der Ältestenrat mit ins Boot genommen werden, was er hiermit vorschlage.

Vorsitzender Volkmann (CDU) unterbricht auf diesen Antrag hin die Sitzung des Kreistages und beruft den Ältestenrat ein.

Vorsitzender Volkmann (CDU) nimmt die Sitzung des Ältestenrates wieder auf. Der Ältestenrat hat sich darauf geeinigt, dass Alternativanträge zukünftig mit angemessener Frist für die Befassung durch andere Fraktionen eingereicht werden. Der Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in den Ausschuss sei zurückgezogen worden. Zwischenzeitlich liege ein Geschäftsordnungsantrag vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Zu dem Antrag auf Vertagung erhebt sich keine Gegenrede.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig dafür

Zu TOP 16

Turnhalle TV Dillenburg

Antrag der CDU-Fraktion vom 05.07.2021

A-19/2021

Abgeordneter Deusing (CDU) informiert, dass man den Beschlussantrag aktualisieren wolle. Zunächst solle das Datum auf den 07.02.2022 angepasst werden. Satz 2 des Antrages entfalle, da mit Mitteilung vom 07.09.2021 der Kreisausschuss vom Präsidium des Turnvereines Dillenburg

informiert worden sei, wie die Mitgliederversammlung entschieden habe. Mit gleichem Schreiben habe man um ein Gesprächsangebot bis zum 31.12.2021 gebeten. Es sei jedoch keine Antwort erfolgt. Daher gebe es weiterhin Bedarf, sich über die Angelegenheit ins Benehmen zu setzen. Es gehe nicht nur um die Unterstützung eines Vereines, sondern auch um ein für Dillenburg wichtiges Infrastrukturprojekt.

Landrat Schuster (SPD) stellt fest, dass nicht der Kreis, sondern die Stadt für ihren Verein zuständig sei. Man habe vernünftige Angebote gemacht, aber die Tür sei zugeschlagen worden. Er wolle das Gespräch mit Bürgermeister Lotz suchen, um über eine Turnhalle in Manderbach zu reden. Mittel seien im Haushalt vorhanden und er könne sich ein „Joint Venture“ mit der Stadt vorstellen. An den TV-Dillenburg gerichtet sagt er, dass der Kreis nicht der Planer für den Verein sei. Der Verein solle zunächst schriftlich erklären, was er wolle. Erst dann könnten Gespräche geführt werden.

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, dem Kreistag bis zum ~~9.7.~~ 07.02. über den aktuellen Stand sowie die vorangegangenen Gespräche mit dem TV Dillenburg zu berichten und dem Turnverein bis dahin attraktive Optionen für den Neubau einer Turnhalle aufzuzeigen. ~~Bei dem Bericht ist insbesondere darauf einzugehen, auf welcher Grundlage der Landrat auf Nachfrage von Mechthild Schäfer (SPD) bekanntgegeben hat, dass ein Tausch gegen ein Grundstück in Manderbach für den Turnverein nicht in Betracht kommt.~~

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

27 Ja-Stimmen (19 CDU, 7 AfD, 1 fraktionslos)

44 Nein-Stimmen (16 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 17

Pressefreiheit im Lahn-Dill-Kreis gewährleisten - Angriff auf Pressefreiheit von Rechtsaußen ächten
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.07.2021

A-20/2021

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) teilt mit, dass sich der Antrag auf einen Facebook Post der AfD-Kreistagsfraktion vom 6. Juli 2021 beziehe, wo die Frage aufgeworfen worden sei, ob ein namentlich genannter regionaler Pressevertreter ein Kommunist sei und manipulierte. In einem weiteren Beitrag vom 25. August habe die AfD-Lahn-Dill die Wetzlarer Neue Zeitung (WNZ) als Zensoren bezeichnet, die die freie Meinung unterdrückten. In einer anderen Kreistagssitzung sei sogar von Systempresse die Rede gewesen. Damit werde ein Journalist wegen kritischer oder missliebiger Berichterstattung öffentlich an den Pranger gestellt. Ihm werde Haltungsjournalismus unterstellt und er werde durch Etikettierung als Kommunist einer rechtsextremen, potentiell gewalttätigen Gruppe zum Fraß vorgeworfen. Das Ziel der AfD-Fraktion sei Einschüchterung. Demokraten müssten daher alle Angriffe auf die Pressefreiheit scharf verurteilen und ein Schutzraum für Journalistinnen und Journalisten schaffen, damit diese ihre wichtige Arbeit leisten könnten.

Abgeordneter Böcher (SPD) kritisiert, dass in dem Antrag Ausdrücke verwandt würden, wie z. B. „Ächten“ und „an den Pranger stellen“ die nicht parlamentarisch seien und nicht zu einem angemessenen Umgang im Kreistag passten. Er sichert im Namen der Koalition und der SPD-Fraktion allen Journalistinnen und Journalisten die volle Solidarität zu, wenn sie in sozialen Medien oder sogar tätlich angegriffen würden. Er stelle für die Koalitionsfraktionen daher einen Änderungsantrag, in dem sich der Kreistag zur Pressefreiheit bekenne.

Abgeordneter Mulch (AfD) bezeichnet die antragstellende Fraktion als SED-Nachfolgepartei, deren Kader dafür verantwortlich gewesen seien, dass im DDR-Unrechtsstaat Pressefreiheit jahrzehntelang mit Füßen getreten worden sei. Wer falsch oder tendenziös berichte, müsse mit einer Gegendarstellung rechnen. Meinung und Information müssten klar voneinander getrennt werden. Der VRM-Verlag habe seiner Fraktion gegenüber geäußert, dass diese sich von der im Verlag vertretenen Weltanschauung immer weiter entferne. Daher könnten keine Anzeigen veröffentlicht oder Beilagen verteilt werden. Dies sei aus seiner Sicht Zensur. Und wörtlich: „Damit das vollkommen klar ist. Die Kreistagsfraktion der Alternative für Deutschland Lahn-Dill bekennt sich ohne Wenn und Aber zur Freiheit der Presse.“

Vorsitzender Volkmann (CDU) unterbricht den Redner. Die vom Abgeordneten Mulch (AfD) verwandten Begriffe wie „der uns betreuende Qualitätsjournalist“, „Gesinnungsjournalist“ und „Lügenpresse“ würden stückweise die Grenzen dessen verschieben, was im Kreistag zu akzeptieren sei. Der in Rede stehende Journalist sei Gast im Hause und es sei der Würde des Kreistages nicht angemessen, sich über Gäste mit dieser diffamierenden Ausdrucksweise zu äußern. Er spricht gegenüber dem Abgeordneten Mulch (AfD) ausdrücklich eine Rüge aus und bittet ihn eindringlich, sich im Tonfall zu mäßigen.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) ist der Ansicht, dass man nicht auf beiden Augen blind werden dürfe, da Demokratie nicht nur von rechts bedroht werde. Wenn wahr sei, dass eine Zeitung oder ein Herausgeber Anzeigen nicht veröffentliche, so sei die Bezeichnung als unabhängig oder neutral aus seiner Sicht aber zu streichen. Zu den Vorwürfen gegenüber dem regionalen Pressevertreter sagt er, dass man gegenüber dessen Artikeln unterschiedliche Meinungen haben könne. Es sei aber als unfassbar toll hervorzuheben, dass der Journalist überhaupt über den Kreistag berichte. Noch nie sei über den Kreistag so ausführlich und intensiv berichtet worden, wie durch den namentlich genannten Journalisten. Es sei wichtig sich dafür einzusetzen, dass andere Meinungen veröffentlicht werden dürften, auch wenn man sie nicht teile. Dies mache Pressefreiheit aus. Eine strikte Trennung zwischen Meinung und Bericht, stamme aber aus alten Zeiten. Das Setzen von Meinungsschwerpunkten sei inzwischen eine zulässige Form von Journalismus. Im Übrigen gebe der namentlich genannte regionale Pressevertreter in seinen Berichten auch der Meinung der AfD-Fraktion Raum, obwohl diese Fraktion selbst es nicht einsehen wolle, dass andere Meinungen dazu gehörten.

Abgeordneter Mulch (AfD) fragt, ob nicht gehört worden sei, dass er gesagt habe, dass der angesprochene Journalist schreiben könne, was er wolle.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) sieht die Frage als rhetorisch an und verweist auf das Gesagte. Der Antrag selbst sei überflüssig, da er einen Streiteffekt erzielen wolle.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) missfällt, dass man der Kreistag zum Schiedsrichter gemacht werde, wenn sich Parteien danebenbenehmen würden. Auf diese Weise biete man ein großes Podium, was nicht sinnvoll sei. Das Verhalten der AfD-Fraktion gegenüber der Presse sei nicht in Ordnung. Freiheit bedeute, das sagen zu können, was ein anderer nicht hören wolle.

Abgeordneter Wagner (AfD) fragt, ob seiner Fraktion ebenfalls das recht zustehe, ihre Meinung zu äußern, wenn sie nicht gefalle.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) sagt dazu, dass dies doch der Abgeordnete Wagner (AfD) gerade im Kreistag tue. Der Antrag bringe in der Sache nicht weiter, auch wenn man eingestehen müsse, dass zwar alle Abgeordneten des Kreistages demokratisch gewählt seien, jedoch nicht alle demokratische Werte vertreten würden. Er halte es für wichtig, ein Signal an die Presse zu senden. Deswegen wolle man es nicht bei einer Ablehnung belassen, sondern einen Änderungsantrag stellen.

Abgeordnete Niggemann (AfD) führt aus, dass das Grundrecht auf Pressefreiheit von ihrer Fraktion nicht angegriffen worden sei. Wenn Berichterstattungen kritisch beleuchtet würden, geschehe dies vielmehr im Rahmen des Rechtes auf Meinungsfreiheit, das mit diesem Antrag entzogen werden solle. Ihre Fraktion kritisiere, dass durch Weglassen und Schwerpunktsetzung in der journalistischen Berichterstattung ein bestimmtes Bild in die Öffentlichkeit transportiert werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) wiederholt die Rüge in Bezug auf die Verwendung bestimmter Begrifflichkeiten, wie bereits in der Rede des Abgeordneten Mulch (AfD). Als Kreistag setze man auch den öffentlichen Ton. Eine Eskalationsspirale im Umgang hier strahle über den Sitzungssaal hinaus auf die Kreisöffentlichkeit aus. Im Interesse eines funktionierenden Parlamentarismus bittet er, sich auf Sachargumente zu beschränken, und auf Ad Hominem Attacken zu verzichten.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) geht es darum, dass Presse nicht angegriffen werden dürfe. In der Situation mit Corona-Leugnern sehe sie vermehrt Angriffe von rechts, die sich auch gegen Journalisten richteten. Hierzu zählten auch verbale Angriffe z. B. auf Social Media.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) bezieht sich auf den Verfassungsschutzbericht, wonach in Deutschland eine erhöhte Gefahr vom Linksextremismus ausgehe, und fragt, ob diese Gefahr gesehen werde.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) stellt klar, dass sie gegen jede Form von Extremismus oder Gewalt sei. Sie sehe aktuell jedoch eine überwiegende Gefahr von rechts.

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) erwähnt, dass der ehemalige Bundesinnenminister erst kurz vor der Bundestagswahl darauf verwiesen habe, dass der Rechtsextremismus das größte Problem für die Demokratie darstelle. Auf den derzeitigen Demonstrationen im Kreis und auch in Nachbarkreisen sehe man, dass Pressefreiheit bedroht und Journalisten verbal und körperlich angegriffen würden. Sie würden nicht ausreichend durch die Polizei geschützt, so dass es der richtige Zeitpunkt sei, sich zur Pressefreiheit im Lahn-Dill-Kreis zu bekennen, auch wenn es selbstverständlich erscheine. Es sei wichtig, damit Journalisten ihre Arbeit ohne Angst leisten könnten.

Abgeordneter Knies (DIE LINKE) sagt zum Vorwurf, man sei SED-Nachfolgepartei, dass der Kreisverband DIE LINKE 2007 gegründet worden sei. Darunter sei nur ein Mitglied gewesen, das Erfahrungen aus der DDR gehabt habe.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt zunächst über den Antrag der Koalitionsfraktionen abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

68 Ja-Stimmen (19 CDU, 16 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 AfD, 6 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

1 Nein-Stimmen (fraktionslos)

1 Enthaltungen (fraktionslos)

Anschließend lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktion DIE LINKE, geändert durch den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen abstimmen:

Beschluss:

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.07.2021, geändert durch Änderungsantrag der Koalition vom 17.01.2022

Der Kreistag bekennt sich zur Pressefreiheit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Kreistagsvorsitzender Johannes Volkmann (CDU) erteilt dem Kreisausschuss das Wort für die Mitteilungen über die aktuelle Lage in der Pandemie. Dieser verzichtet auf die angekündigte Berichterstattung. Die Informationen würden in der Presse zu lesen sein.

Kreistagsvorsitzender Johannes Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 17:27 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 31.01.2022

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin



DIE LINKE. Kreistagsfraktion Lahn-Dill

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

17. Januar 2022

Sehr geehrter Herr Volkmann,

zum Antrag Medizinstipendien der CDU vom 11.06.2021 (A-17/2021) stellen wir folgenden Änderungsantrag.

Der Kreistag möge beschließen

- 1.) Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Vergabe von Medizinstipendien an Studierende der Humanmedizin zu prüfen und dem Kreistag einen darauf gerichteten Vorschlag zu unterbreiten. Dabei sollen die Medizinstudierenden zu einer Tätigkeit nach Abschluss des Studiums im Lahn-Dill Kreis verpflichtet werden.
- 2.) Der Kreisausschuss wird beauftragt bis zur Sommerpause des Jahres 2022 einen Runden Tisch ins Leben zu rufen. Diesem sollen Ärzte und Ärztinnen, Apotheker*innen, Betreiber*innen von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern angehören, um Expertise in den Umsetzungsprozess, auch über die Stipendienvergabe hinaus, bzw. in die Planungen für eine bedarfsgerechte, zukunftssichere und flächendeckende Gesundheitsversorgung, einzubinden.
- 3.) Der Kreisausschuss wird beauftragt bei den Städten und Gemeinden nachzufragen, inwieweit diese schon selbst Initiativen ergriffen haben (Beispiel Gemeinde Greifenstein) und darüber im Bildungsausschuss zu informieren, um kreisweit ein möglichst abgestimmtes Konzept zu erarbeiten.

Getrennte Abstimmung der Punkte 1+2 und 3

Begründung:

Da bereits Gemeinden im Kreisgebiet z.B. Greifenstein hier schon einen Schritt weiter sind, halten wir es für richtig diesen zu folgen. Wir bitten um Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Horst Knies
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag
des Lahn-Dill-Kreises

3



Herrn Kreistagsvorsitzenden
Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

14.01.2022

Alternativ

Änderungsantrag Medizinstipendien

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um ärztliches Personal für den Lahn-Dill-Kreis zu gewinnen und zu halten, und diese Maßnahmen im Sozialausschuss vorzustellen. Dies kann die Vergabe von Medizinstipendien an Studierende der Humanmedizin beinhalten, bei denen Studierende nach Abschluss des Studiums zu einer Tätigkeit im Lahn-Dill Kreis verpflichtet werden.

Begründung:

Bereits in den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass eine große Anzahl an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten in den Ruhestand geht. Um die ärztliche Versorgung im Lahn-Dill-Kreis sicherzustellen, bedarf es eines geeigneten Maßnahmenbündels. Stipendien für Studierende können hier eine Rolle spielen, ebenso Aspekte der Facharzt-ausbildung und der Arbeitsbedingungen, soweit sie in den Gestaltungsspielraum des Kreises fallen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Wir bitten um Zustimmung.

Kirsten Kunz
Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Martina Klement
Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Jörg Ludwig
Vorsitzender der FWG-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Dr. Matthias Büger
Vorsitzender der FDP-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Die PARTEI Lahn-Dill • Postfach 1443 • 35524 Wetzlar

Eingegangen am:

13. Sep. 2021

-Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit-

Herrn
Kreistagsvorsitzender
Johannes Volkmann
Kreistag
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

Wetzlar, 13.09.2021

Alternativantrag zum Antrag „Gendergerechte Sprache“ der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Volkmann,

wir bitten Sie folgenden Alternativantrag zum Antrag „Gendergerechte Sprache“ der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung der Kreistagsitzung vom 13.09.2021 zu nehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

Die Kreisverwaltung des Lahn-Dill-Kreises wird aufgefordert, das generische Maskulinum in der Amtssprache vollumfänglich durch das generische Femininum zu ersetzen.

Begründung:

Die CDU-Fraktion stellt in ihrem Antrag zur gendergerechten Sprache im amtlichen Sprachgebrauch fest, dass auf diese im Sinne der Barrierefreiheit und der grammatikalischen Korrektheit verzichtet werden sollte. In ihren Ausführungen stellt sie weiterhin fest, dass das generische Maskulinum seit Jahrhunderten als geschlechtsneutral verstanden wird. Etliche Studien legen dagegen nahe, dass sich Frauen dadurch häufig nicht mitgemeint fühlen und auch Männer das generische Maskulinum häufig als spezifisches Maskulinum wahrnehmen.

Da wir den Antrag der CDU-Fraktion für ein wahlkampfaktisches und kernpopulistisches Strohfeuer halten, das zu nichts anderem dienen soll, als den politischen Gegnerinnen eine Ideologie zu unterstellen, die in unserer eher ländlichen Region gar keine echte Relevanz hat, und weil wir glauben, dass die CDU-Fraktion sich einzig gegen Fortschritt und Veränderung versperren möchte, wollen wir durch die Einführung des generischen Femininums einen Kompromiss anbieten. Dieser eignet sich zwar auch nicht, um Menschen, die sich zwischen den Geschlechtern oder ganz abseits derer verorten, mitzunehmen, dennoch gebietet es die Fairness und der gerechte Umgang miteinander, dass sich fortan Männer auch mal mitgemeint fühlen dürfen.

Mit vorzüglichen Grüßen



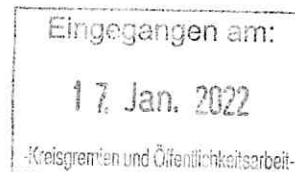
Dominic Harapat
Kreistagsabgeordnete



Fraktion B90/Die Grünen
im Kreistag Lahn-Dill
Weißadlergasse 9
35578 Wetzlar
Tel.06441-45727

B90/DIE GRÜNEN – KT-Fraktion Lahn-Dill, Weißadlergasse 9, 35578 Wetzlar

Kreistagsvorsitzender
Johannes Volkmann
Kreistag des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar



Wetzlar, den 13.09.2021

Änderungsantrag Klimanotstand

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag stellt fest, dass die Erde sich weltweit in einem Klimanotstand befindet und dass die Erreichung der Pariser Klimaziele mit der Begrenzung der globalen Erderwärmung auf max. 1,5 °C akut gefährdet ist. Deshalb sind die Verantwortlichen auf allen Ebenen dazu aufgerufen, mit einer Verstärkung ihrer Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele zu reagieren.

1. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes mit hoher Priorität zu weiterzuentwickeln und die Ziele, Maßnahmen und Aktivitäten stärker zu konkretisieren. Dabei ist die Prämisse der Klimaneutralität in allen Aufgabengebieten des Kreises, insbesondere bei Planung, Beschaffung und Vergaben, zu berücksichtigen.
2. Der Kreistag beauftragt den Landrat, für mehr Klimaschutz in den Kommunen zu werben und sie bei der Umsetzung zu unterstützen.

Begründung:

Der Klimawandel und dessen Folgen sind die größte Bedrohung unserer Zeit für die menschliche Gesellschaft und die Artenvielfalt. Die rasante Entwicklung des Klimawandels und die daraus entstehende Zunahme von Naturkatastrophen und Wetterextremen, der Anstieg des Meeresspiegels und die Veränderungen der weltweiten Biotope sind voraussichtlich für Jahrhunderte unumkehrbar. Allein die diesem Jahr aufgetretenen weltweiten Naturkatastrophen, wie die extreme Hitzewelle in Nordamerika, die enormen Waldbrände in der Türkei und in Griechenland und die katastrophalen Überschwemmungen in Deutschland zeigen, dass die Folgen des Klimawandels schneller eintreten, als viele Modelle vorhergesagt haben und dass sie unmittelbare Auswirkungen auf jeden von uns haben. Deshalb müssen auf allen politischen Ebenen die Anstrengungen verstärkt werden, um die schlimmsten Folgen dieses weltweiten Notstands zu begrenzen.

Wir bitten um Zustimmung.

Martina Klement

Reiner Dworschak

Herrn Kreistagsvorsitzenden
Johannes Volkmann
Kreistag des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

13.09.2021

**Änderungsantrag zum Antrag A-20/2021 der Fraktion Die Linke
Pressefreiheit im Lahn-Dill-Kreis gewährleisten**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Volkmann,
der Inhalt des obengenannten Antrags soll wie folgt geändert werden:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag bekennt sich zur Pressefreiheit.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.



Cirsten Kunz
Vorsitzende der SPD-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises



Martina Klement
Vorsitzende der Fraktion
Bündnis90/Die Grünen
im Kreistag des Lahn-
Dill-Kreises



Jörg Ludwig
Vorsitzender der FWG-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises



Dr. Matthias Büger
Vorsitzender der FDP-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises